

die die alttestamentliche Botschaft als eine Botschaft auch *sui generis* versteht. Das Alte Testament hat einen Anspruch darauf, daß seine eigene Botschaft, die ja nicht bloß in der Ansage eines kommenden Messias und der Eschata besteht, besser zum Gehör der Kirche gebracht wird (zum Beispiel seine Weltinterpretation, seine Geschichtsinterpretation, seine politische Philosophie, die prophetische Kritik usw.). Die eben genannte Neubesinnung über das Alte Testament und das Judentum brachte jüdischer- wie christlicherseits auch eine Neuentdeckung mit sich im Hinblick auf Jesus von Nazareth: Wir erkennen heute in Jesus von Nazareth nicht bloß den Messias und Sohn Gottes, sondern auch den *Juden* Jesus, und gerade die reiche jüdische Leben-Jesu-Forschung unserer Tage steht uns dabei hilfreich zur Seite. Das Judentum erkennt in Jesus »seinen größeren Bruder« (M. Buber), und wir christlichen Theologen erkennen und anerkennen die jüdischen Wurzeln in der Predigt Jesu. Und so ist es gerade Jesus selbst bzw. die moderne Leben-Jesu-Forschung, die uns die Einheit des Alten Testaments und (einschränkend gesagt) der synoptischen Evangelien, die aber immerhin ein wesentlicher Teil des Neuen Testaments sind, neu sehen lassen, neu auch gegenüber der neuen Hermeneutik der Urkirche und speziell des Paulus in seiner Gesetzes- und Rechtfertigungslehre.

So sind wir heutigentags auf einen Weg gesetzt, die Einheit der beiden Testamente neu zu bedenken und so zu einer universalen Hermeneutik jüdischer und christlicher Existenz vorzustoßen. Das gehört zweifellos zu den kommenden Aufgaben der Theologie¹.

F. M.

Die Ostpolitik des Vatikans

Von Oskar Simmel

In einem Interview mit der »Deutschen Zeitung« vom 28. Juni 1974 sagte der russische Schriftsteller Vladimir Maximow über die derzeitige Verhaltensweise des Vatikans: »Die derzeitige Politik des Vatikans kann lediglich Bitterkeit und Befremden hervorrufen. Die Amoralität solcher Politik hat für das Schicksal der Gläubigen in den Ländern des Ostblocks die beklagenswertesten Folgen. Man darf feststellen, daß nunmehr die Versuche, die christliche Wiedergeburt in diesen Ländern abzuwürgen, mit dem stillschweigenden Segen leitender Kirchenfürsten der katholischen Kirche unternommen werden. Ungeheuerlich, doch leider eine Tatsache.«

Auch der Vorwurf ist ungeheuerlich, der schwerste, der bisher gegen die sogenannte »Ostpolitik« des Vatikans erhoben wurde. Viele werden Maximow zustimmen.

¹ Zu diesen Ausführungen vgl. auch F. Mußner, Der Galaterbrief (Herders Theol. Kommentar zum NT, IX). Freiburg i. Br. 1974; ders., Der Jude Jesus. In: »Freiburger Rundbrief«, XXIII (1971). S. 3–7.

Und doch! Irgendwie zögert man, Maximow zuzustimmen. Irgendwie hat man den Eindruck, daß ihn nicht so sehr die Wirklichkeit, sondern ein Vorurteil zu einem so scharfen Urteil verleitete.

Die Frage nämlich, die ihm gestellt wurde, schloß auch das Verhalten des Weltkirchenrats ein, die Antwort aber betraf nur die leitenden Kirchenfürsten der katholischen Kirche, von den leitenden Männern des Weltkirchenrats war mit keinem Wort die Rede. Gewiß, die Reisen und Unternehmungen der katholischen Kirchenfürsten sind spektakulärer, haben offenbar auch mehr Gewicht. Aber das allein hätte doch den Schriftsteller nicht zu einer so grobschlächtigen Einseitigkeit verführen dürfen, zumal evangelische Theologen und Kirchenmänner seit Jahren, und zwar länger bereits als die katholischen, mit der orthodoxen Kirche Rußlands in Kontakt stehen. Gewiß mit der Kirche, nicht mit dem System, wie Erzbischof Casaroli auf seiner Reise vom 24. Februar bis 1. März 1971 mit russischen Ministern in Kontakt zu kommen versuchte.

Die Kontakte der katholischen Kirche laufen auf zwei Ebenen, wenn man so sagen darf. In Jugoslawien, Ungarn, Polen, in der Tschechoslowakei werden in erster Linie Kontakte zu den Regierungen gesucht, nicht selten unter Ausschluß der Ortsbischofe.

In seinem Buch »Wohin steuert der Vatikan?« macht Raffalt¹ Papst Paul VI., seine Herkunft und seine Mentalität für diese Politik verantwortlich. Das ist unter einer zweifachen Hinsicht richtig: Einmal weil in der augenblicklich geschichtlich gewordenen Gestalt des Vatikans und der Stellung des Oberhauptes der Kirche niemand gegen den Willen des Papstes eine solche Politik treiben könnte. Vor allem aber deswegen, weil Paul VI. wenn nicht im Kommunismus, wie Raffalt meint, sondern im Sozialismus wohl tatsächlich eine Hoffnung sieht, die er im kapitalistischen System nicht zu erkennen vermag.

So richtig das vielleicht ist, so darf doch nicht übersehen werden, daß die Linie Pauls VI. nicht völlig neu ist. Man weist in diesem Zusammenhang meist auf Johannes XXIII. hin, der am 7. März 1963 den Schwiegersohn Chruschtschows, Alexei Adschubej, und dessen Frau Rada, die Tochter des damaligen ersten Mannes in der Sowjetunion, empfangen hatte. Und in der Tat war sich die internationale Presse einig, daß mit diesem Empfang eine entscheidende Wende eingetreten ist. Sprachen die einen vom Ende der »ideologischen Kreuzzugspolitik« Pius' XII., so die andern von der großen Friedensinitiative des Papstes, die damit eingesetzt habe.

Raffalt ist hier ganz anderer Meinung: Nach ihm »war der Antikommunismus Pius' XII. nur die bedingungslose Konsequenz aus seiner Auffassung vom christlichen Glauben« (124). Diese Auffassung hat etwas Bestechendes an sich, scheint zu überzeugen; denn welcher größeren Gegensatz könnte es schon geben als den zwischen dem atheistischen Kommunismus und dem Glauben der katholischen Kirche, die sich als von Gott gesandt versteht?

Und doch bedarf diese Auffassung einer Korrektur. Pius XI. soll 1929 einmal gesagt haben: Um auch nur eine Seele zu retten, würde er selbst mit dem Teufel ein Konkordat abschließen. Nun wird es kaum einen entschiedeneren Gegner des atheistischen Kommunismus gegeben haben als Achille Ratti, der von 1918 bis 1921

¹ München 1974.

zunächst als Apostolischer Visitator, dann als Nuntius in Warschau tätig war. Er hatte dort das Herannahen der Kommunisten erlebt und war direkt in Verhandlungen um die Freilassung des Erzbischofs von Mogilew von der Ropp beteiligt. Er hatte damals eine Einladung des sowjetischen Außenkommissars Titscherin erhalten und war auch bereit, nach Rußland zu gehen, um über die Freilassung des Erzbischofs zu verhandeln. Aber er hatte auch verlangt, daß er frei nach Rußland ein- und ausreisen und mit den Bischöfen frei verkehren könne, sowie daß sein diplomatischer Status anerkannt werde. Er hat nie eine Antwort auf dieses Telegramm erhalten.

Den Russen war damals sehr an einer Anerkennung von seiten des Vatikans gelegen. Beide Seiten waren aber darauf bedacht, nichts von ihrem Standpunkt aufzugeben, und der Vatikan, Benedikt XV., weigerte sich, Rußland anzuerkennen und so eine politische Geste zu setzen. Dies hinderte ihn jedoch nicht, zu Beginn des Jahres 1919 eine Botschaft an Lenin zu richten, zunächst indirekt, dann aber direkt, worin er den sowjetischen Machthabern um eine menschliche Behandlung der orthodoxen und katholischen Priester bat.

Weitere Verhandlungen fanden von Januar 1920 ab statt, als der Papst mit Herbert Hoover und der russischen Regierung über die Hilfe für russische Kinder verhandelte. Der Vatikan erklärte sich bereit, eine Mission nach Rußland zu senden, um Hilfsmaßnahmen durchzuführen. Unter der Leitung des amerikanischen Jesuiten, Pater Walsh von der George Town University, kam diese Mission tatsächlich zustande und führte bis September 1924 ihre Hilfsmaßnahmen durch: 160 000 Kinder erhielten täglich eine Speisung, wurden mit Arzneien und Kleidung versorgt. Frankreich und Polen sahen in dieser Hilfsaktion des Vatikans eine Unterstützung des sowjetischen Regimes und betrachteten diese Initiative mit scheelen Augen.

Anders dagegen verhielt sich Frankreich in einer anderen päpstlichen Initiative, die in einem Memorandum bestand, das Pius XI., nun Papst, 1922 durch Erzbischof Pizzardo den Mitgliedern der Konferenz von Genua überreichen ließ. Pizzardo sprach damals auch mit dem russischen Volkskommissar Titscherin und überreichte ihm das Memorandum. Darin wurden die Westmächte aufgefordert, Rußland so lange nicht anzuerkennen, als nicht die volle Gewissensfreiheit aller Bürger, die Religionsfreiheit und die Rückgabe allen beschlagnahmten Eigentums an die Religionsgemeinschaften erfolgt sei. Lloyd George lehnte diesen Vorschlag radikal ab, während ihn Frankreich unterstützte.

Schon hier wird sichtbar, daß es dem Vatikan in allen Verhandlungen immer um eines ging: die Freiheit für die Kirche, nicht nur für die katholische Kirche, die ja damals nur wenige Gläubige, etwa 2 Millionen, in der Sowjetunion zählte. Der Sowjetunion aber lag daran, vom Vatikan wenigstens *de facto*, noch besser *de jure*, anerkannt zu werden. Wie wenig dazu freilich der Vatikan bereit war, zeigt nichts besser als die Tatsache, daß Pater Walsh einen Orden, den ihm die Sowjetregierung verleihen wollte, auf Wunsch des Vatikans ablehnen mußte, damit auch nicht der Eindruck einer Anerkennung entstehe.

Die Russen freilich versuchten mit aller Macht, eine solche Anerkennung von seiten des Vatikans zu erhalten. Als 1924 Litwinow nach Berlin kam, versuchte er

mit Nuntius Pacelli einen *Modus vivendi* auszuhandeln, an dem auch dem Vatikan gelegen war. Das Unternehmen scheiterte an der Forderung des Vatikans, für die Katholiken in der UdSSR katholische Schulen zu errichten. Ebenso war die Frage der Ausbildung des Priesternachwuchses umstritten, weil sich die Russen gegen Polen als Professoren für die Seminaristen wandten.

Ende 1924 waren alle fünf katholischen Bischöfe, die noch auf dem Territorium der Sowjetunion lebten, im Gefängnis. Die Situation der mit Rom unierten Ostkirchen war nicht besser. So bemühte sich der Vatikan um die Weihe neuer Bischöfe, deren Jurisdiktion durch keine Diözesangrenze umschrieben sein sollte. Pater Michel d'Herbigny, ein französischer Jesuit, wurde zum Bischof geweiht und reiste zwischen 1926 und 1930 dreimal als französischer Staatsbürger in die Sowjetunion, wo er insgeheim Bischöfe weihte. Die Sowjets jedoch wußten über seine Tätigkeit sehr wohl Bescheid und verhafteten alle von ihm geweihten Bischöfe. Auf dem 16. Parteikongreß im Juni 1930 klagte Stalin den Papst als »Organisator eines klerikalen Kreuzzugs« gegen die Sowjetunion an. Ein Jahr später, im März 1931, erhob Molotow den Vorwurf der Spionage gegen katholische Priester.

1933 entstanden neue Gerüchte über Verhandlungen zwischen dem Vatikan und Moskau. Aber es handelte sich um Kontakte zwischen Polen und den baltischen Staaten einerseits und Moskau andererseits über die Freilassung katholischer, polnischer, litauischer und lettischer Priester. Der Vatikan wußte natürlich von diesen Verhandlungen, aber der »Osservatore Romano« konnte mit Recht dementieren, daß der Vatikan mit Moskau verhandle. Vermutlich hatten die Russen selbst das Gerücht ausgestreut; denn sie waren immer noch an Kontakten mit dem Vatikan interessiert. Außerdem liefen um diese Zeit gerade Verhandlungen mit Roosevelt um die Anerkennung der Sowjetunion durch die USA, die am 16. November 1933 endlich erfolgte. Durch solche Gerüchte wollten die Russen zweifellos Einfluß auf die amerikanischen Katholiken gewinnen, um so auf den Präsidenten einen Druck auszuüben.

Mehr sporadische und persönliche Kontakte liefen vor dem Krieg in den dreißiger Jahren über den Nuntius in Prag, der sich mit dem sowjetischen Botschafter persönlich gut verstand. Kontakte zwischen den Nuntien und den sowjetischen Botschaftern ergaben sich natürlich auch anderwärts, da die Nuntien nach dem Wiener Kongreß die Doyens der diplomatischen Korps sind. Aber es wäre zu viel behauptet, wollte man daraus auf Kontakte zwischen Moskau und dem Vatikan schließen. Sie erschöpften sich, wie 1940 in Berlin, auf Hilfsaktionen, wo der damalige Nuntius Orsenigo mit dem russischen Botschafter wegen Weihnachtsgaben für die polnischen Kriegsgefangenen in der UdSSR verhandelte.

Die äußere Situation zwischen dem Vatikan und Moskau änderte sich mit dem Ausgang des Zweiten Weltkriegs von Grund auf. Zum ersten Mal in der Geschichte standen mehr als 70 Millionen Katholiken, in Polen, den baltischen Ländern, Rumänien, Ungarn, Tschechoslowakei, Deutschland unter dem unmittelbaren oder doch mittelbaren Einfluß des russischen Regimes.

Der Vatikan konnte und kann an dieser Tatsache nicht vorbeigehen. Der »Tablet«² wußte in diesem Zusammenhang von einer mysteriösen Verhandlung zu

² 22. September 1962.

berichten. Danach fanden unmittelbar nach Beendigung des Krieges in Ungarn, also im Frühjahr 1945, geheime Verhandlungen zwischen dem Vatikan und den Sowjets statt. Ein ungarischer Priester, P. G., offenbar ein Jesuit, war mit Wissen der Sowjets fünf- oder sechsmal im Vatikan, um die sowjetischen Vorstellungen dem Vatikan nahezubringen. Aber die »Verhandlungen«, soweit man sie überhaupt so nennen kann, führten zu keinem Ergebnis.

Ob die sich in den fünfziger Jahren anschließende heftige Kampagne gegen den Vatikan – ein Zeugnis dafür ist das Buch des M. M. Scheinemann »Der Vatikan im Zweiten Weltkrieg«, worin der Vatikan als Bundesgenosse des Faschismus und Nationalsozialismus hingestellt wird – eine Nachwirkung dieser erfolglosen Verhandlungen war, kann nicht gesagt werden. In diesen Jahren wurden die letzten unierten Bischöfe eingesperrt, es fanden die Prozesse gegen Mindszenty, Beran und Stepinac statt.

Das alles hinderte die Sowjets nicht, eine ganz ungewöhnliche diplomatische Initiative zu ergreifen. Am 21. August 1956 empfing der päpstliche Nuntius in Italien den beim Quirinal akkreditierten sowjetischen Geschäftsträger Pogidajew, der ihm zwei Dokumente überreichte: das Memorandum des Obersten Sowjet über die Abrüstung und die Erklärung der sowjetischen Regierung über das Suezproblem. Der Moskauer Rundfunk wies darauf hin, daß der Appell nicht an die katholische Kirche, sondern an den Vatikanstaat gerichtet sei, dessen Oberhaupt Pius XII. sei. Der Nuntius wies bei dieser Gelegenheit den Geschäftsträger auf die »ernste religiöse Lage in der Sowjetunion und auf die Notwendigkeit der Sicherung der religiösen Freiheit« hin. Mit diesem Hinweis hatte der Vatikan die Unterscheidung zwischen dem Papst als Oberhaupt der Kirche und als Oberhaupt des Vatikans zurückgewiesen, auf die es den Sowjets immer schon ankam, da sie jede Einmischung der Kirche in die inneren Angelegenheiten der Sowjetunion ablehnten, worunter sie auch die Forderung nach Gewissens- und Religionsfreiheit der katholischen und orthodoxen Bürger verstanden. Übrigens hatte damals Lloyd George das Memorandum Pius' XI. aus dem gleichen Grund abgelehnt.

Die Aufregung in Italien war groß, weil man darin einen Übergriff des sowjetischen Geschäftsträgers sah, der für Kontakte zum Vatikan nicht zuständig war. Vom Vatikan her sah man seit den Lateran-Verträgen mit peinlicher Sorgfalt darauf, daß jeglicher Kontakt mit Botschaften, die beim Quirinal akkreditiert waren, vermieden wurde. Warum dann der Nuntius beim Quirinal den russischen Geschäftsträger trotzdem empfing, ist nicht klar.

Der Vatikan beantwortete keines der Memoranden. Wenige Tage vorher war in Rom eine Reise zweier Italiener in die Sowjetunion bekannt geworden, von denen einer ein führendes Mitglied der katholischen Aktion war, Grozzer und Barone, die sich offenbar frei in der Sowjetunion bewegen konnten. Ebenso war bekannt geworden, daß über die päpstliche Nuntiatur in Paris Kontakte zu den Sowjetrussen liefen. Das wurde von niemand bestätigt, aber es wurde auch nicht dementiert.

Der Aufstand in Ungarn 1956 und seine blutige Niederschlagung verhinderten eine weitere Entwicklung. Aber schon im Januar 1958 sprach sich Gromyko laut einer dpa-Meldung für Kontakte zwischen dem Kreml und dem Vatikan aus. Der Vatikan seinerseits erklärte dazu, Kreml und Vatikan sprächen zwei so verschiedene Sprachen, daß ein Gespräch nicht zustande kommen könne. Man wies zugleich auf die Weih-

nachtsansprache Pius' XII. hin, worin der Papst gesagt hatte: »Mit tiefem Bedauern müssen wir es in dieser Hinsicht beklagen, daß einige Katholiken – Kleriker und Laien – der Vernebelungstaktik ihre Unterstützung leihen. Sie erreichen damit eine Verwirrung, die sie selbst nicht gewollt haben. Wie kann man immer noch nicht einsehen, daß dies der Zweck jenes ganz unaufrichtigen Tuns ist, das unter dem Namen von ›Gesprächen‹ und ›Begegnungen‹ läuft? Zu welchem Zweck sollte man übrigens miteinander reden, wenn es keine gemeinsame Sprache gibt? Oder wie ist es möglich, einander zu begegnen, wenn von der einen Partei die gemeinsamen absoluten Werte hartnäckig zurückgewiesen werden? Damit macht sich doch jede ›Koexistenz in der Wahrheit‹ unmöglich!«

Zu diesen Vorfällen schrieb damals Schmitz van Vorst, der Korrespondent der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«³: »Man darf das Verhältnis zwischen Moskau und dem Vatikan natürlich nicht isoliert sehen. Amerika und die Sowjetunion, so weiß man sehr wohl an der päpstlichen Kurie, sind mit Bestrebungen zu einem weltpolitischen Kompromiß vorangegangen.«

Das Jahr 1958 brachte einen Wechsel auf dem Stuhl Petri. Am 9. Oktober war Pius XII. gestorben, und am 28. des gleichen Monats wurde Giuseppe Roncalli zu seinem Nachfolger gewählt, der als Johannes XXIII. den päpstlichen Thron bestieg.

Die Bedeutung des Roncalli-Papstes für die Kirche kann nicht hoch genug angeschlagen werden, wie immer man sein Wirken beurteilen mag, positiv oder negativ. Uns interessiert hier nur seine Begegnung mit dem Osten. Ob dies mit den zehn Jahren, die er als persönlicher Vertreter des Papstes in Sofia verbrachte, oder mit den neun Jahren zusammenhängt, die er anschließend an das Apostolische Delegat für die Türkei und für Griechenland in Istanbul verlebte, braucht hier nicht untersucht zu werden. Auf jeden Fall lernte er Land und Leute im Osten kennen und lieben, vor allem aber auch die Ostkirche. 92 Prozent aller Ostchristen leben unter kommunistischem Regime.

Es begann mit einem Telegramm, das Chruschtschow zum 80. Geburtstag des Papstes am 25. November 1961 sandte. Das Außergewöhnliche freilich ist, daß der Papst auf dieses Telegramm antwortete. 1972 folgte ein Glückwunsch zum vierten Jahrestag der Papstwahl. Es begannen die Verhandlungen wegen der Teilnahme russisch-orthodoxer Beobachter am Konzil⁴, die zunächst absagten, dann aber unvermutet die Einladung annahmen, was von innerorthodoxer Kirchenpolitik her zu verstehen ist. Es folgte im Februar 1963 die ganz überraschende Freilassung des Metropoliten der unierten ukrainischen Kirche, Josef Slipj, der achtzehn Jahre in Haft war. Ab 7. März 1963 kam jenes Ereignis, das Wochen hindurch die Gemüter erregte: die Privataudienz des Schwiegersohnes Chruschtschows, Alexei Adschubejs, beim Papst. Zunächst fand anläßlich der Verleihung des Balzan-Preises, eines von einem italienischen Industriellen gestifteten Friedenspreises, eine Gruppen-Audienz statt. Daran anschließend empfing der Papst Adschubej und dessen Frau Rada, die Tochter Chruschtschows. Die Audienz dauerte zwanzig Minuten, und der Papst gab Adschubej eine versiegelte Botschaft an Chruschtschow mit. Adschubej erklärte anschließend: »Wir haben über die Förderung des Friedens gesprochen. Aus nahe-

³ 27. August 1956.

⁴ A. a. O., S. 132.

liegenden Gründen kann ich Einzelheiten unserer Unterredung nicht mitteilen. Ich habe vom Papst einen großen Eindruck mitgenommen ... Die Rede des Papstes war sehr schön.«

Die Wogen über diesen Besuch gingen hoch, vor allem in Italien, aber auch in Deutschland. Man sieht die Dinge wohl nicht falsch, wenn man die Zunahme der kommunistischen Stimmen in Italien um fast eine Million bei der nächsten Wahl, die diesem Besuch folgte, auf das Konto dieser Öffnung setzt. Der Vatikan suchte zwar die Bedeutung dieses Besuches herunterzuspielen – so war der Hofphotograf Felici nicht zugelassen worden –, aber es ist sicher nicht falsch, wenn man annimmt, daß die Kommunisten in Italien wie überhaupt in Westeuropa durch diese Öffnung Auftrieb erhielten.

Bei dieser Haltung des Papstes war es kein Wunder, daß seine am 11. April des gleichen Jahres erschienene Enzyklika »*pacem in terris*« von der Moskauer Wochenzeitung »Das Ausland« hoch gelobt wurde, wie die »Welt«⁵ zu berichten weiß: »Es heißt in der russischen Zeitung: »Johannes XXIII. hat auf viele Fragen Antworten gegeben, die einem gesunden Verstand und einer nüchternen Beurteilung entsprungen sind. Seine Empfehlung für die Abrüstung, für die Art von Verhandlungen und für friedliche Koexistenz können zweifellos als ein Beitrag zur Sicherung des Friedens auf Erden angesehen werden.« Das Blatt distanzierte sich jedoch »von den Grundsätzen der katholischen Glaubenslehre, die mit der Einheit der wissenschaftlich-marxistischen Weltanschauung unvereinbar sind«.

Vor allem sahen nicht nur die Kommunisten des Westens, sondern auch die des Ostens in jenen Sätzen der Enzyklika eine Zurücknahme des Kommunismusverbotes Pius' XII., da Johannes zwischen dem wissenschaftlichen Begriff und der Bewegung unterscheidet. Es heißt: »Es ist ungerecht, bestimmte Bewegungen, die sich mit wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen, mit der geistigen Ausbildung oder der zweckmäßigen Ordnung der Staaten befassen, einfach zu identifizieren mit bestimmten philosophischen Lehrmeinungen über das Wesen, den Ursprung, über Ziel und Zweck der Welt und des Menschen, auch wenn jene Bewegungen von solchen Auffassungen her entstanden und geleitet sind. Während der wissenschaftliche Begriff, wenn er einmal festgelegt ist, nicht mehr geändert werden kann, unterliegen auch diese Bewegungen notwendig den Veränderungen der jeweiligen Situation.«

Überblickt man die Jahre vom Ausbruch der russischen Revolution im Jahre 1917 bis zum Antritt des Pontifikats Pauls VI. im Jahre 1963, dann läßt sich nicht übersehen, daß es immer wieder Annäherungsversuche zwischen dem Kreml und dem Vatikan gab, daß die Initiative dazu fast ausschließlich von Moskau ausging, bis Johannes auf ein derartiges Angebot einging.

So neu und ungewöhnlich diese Tatsache ist, so darf doch nicht übersehen werden, daß die Mentalität, die hinter dieser Entscheidung steht, nicht so neu ist. Das »Lichtensteiner Volksblatt«⁶ berichtet von einer Audienz des schwedischen Diplomaten Gunnar Haeggloef, damals Botschafter in Moskau, die er 1946 bei Pius XII. gehabt hat und über die er folgendes erzählt: Der Papst habe gesagt: »Wir haben Konkordate mit den Faschisten und den Nazis abgeschlossen. Schon als Nuntius in Deutschland habe ich versucht, ein Konkordat oder zumindest einen *modus vivendi*

⁵ 22. April 1963.

⁶ 11. Juni 1966.

mit der Sowjetunion nach dem ersten Krieg zu erreichen.« Bereits nach dem Ersten Weltkrieg wäre es wichtig gewesen, so immer noch der Papst, mit Rußland in Verbindung zu treten, um den zwei Millionen Katholiken helfen zu können, die damals dort lebten. Heute, wo ca. vierzig Millionen in den von Rußland beherrschten Gebieten lebten, sei dies noch wichtiger. Auf Haeggloefs Hinweise auf die großen Unterschiede zwischen dem reinen brutalen Machtstreben des Faschismus und Nazismus mit dem auf höhere menschliche Ideale ausgerichteten Kommunismus, der zwar als Partei und Weltorganisation etwas ganz anderes geworden sei, habe der Papst geantwortet, der Heilige Stuhl habe den Kommunismus nur wegen seiner atheistischen Haltung verurteilt. Soweit der Bericht des schwedischen Diplomaten, der hier kommentarlos wiedergegeben sei.

Es ist also nicht Paul VI., der die »Ostpolitik« des Vatikans begann. Er setzte nur fort, was sein Vorgänger aufgriff. Ja vielleicht kann man sogar sagen, Paul VI. führt die Ostpolitik seines Vorgängers behutsamer weiter, zäher, weniger spontan, indem er sie in die Gleise diplomatischen Verhandeln lenkte.

Das beginnt mit dem zweimaligen Treffen mit Gromyko anlässlich des Papstbesuches bei den UN im Oktober 1965, wo sich der Papst und Gromyko zweimal im 38. Stockwerk des UN-Hauses, im Sekretariat trafen. Es folgte dann der Besuch Gromykos im Vatikan am 30. April 1966. Der »Osservatore Romano«⁷ schreibt über diesen Besuch: Es habe nicht an Verwirrung und Fragen gefehlt. Diese seien von jener Seite gekommen, die nicht zu verstehen weiß, daß jeder Akt, der auf eine weniger große Isolierung von Staat zu Staat oder auf Kontakte zwischen Doktrinen und entgegengesetzten Systemen abzielt, bei dem, der das höchste kirchliche Lehramt hat, nicht eine geringere Festigkeit im Dienst an der Wahrheit oder in der Erfüllung seiner apostolischen Sendung bedeutet. Der »Osservatore« fügt hinzu: »Die Audienz Pauls VI. ist ein Akt der gradlinigen und offenkundigen Erfüllung der pastoralen Aufgaben des sichtbaren Hauptes der Kirche. Diese Aufgabe umfaßt auch die Suche nach allen möglichen Begegnungen und Gelegenheiten zu loyaler Kommunikation mit jedem Menschen und jedem zuständigen Vertreter, ganz abgesehen von seiner Ideologie und vom Regime, das er vertritt. Dies in erster Linie, um eine weniger unvollkommene Kenntnis der Kirche zu erleichtern, jener Kirche, die so oft mißverstanden wird in ihrer Lehre und in ihren Initiativen, und zweitens um des möglichen und des mithin pflichtgemäßen Beitrags der Kirche willen, die mit jeder menschlichen Macht zur Überwindung der Schwierigkeiten der Menschheit von heute zusammenarbeitet.« Jenen, die befürchten, daß Gromykos Besuch dazu dienen könne, die Katholiken zu einer weniger klaren Sicht der unüberwindbaren Grenzen zwischen der atheistisch-kommunistischen Ideologie und der katholischen Lehre zu verleiten, hält der Chefredakteur des »Osservatore« entgegen, die Überzeugung von der Unvereinbarkeit der Positionen des katholischen Glaubens und des atheistischen Kommunismus wie das Wissen um die tatsächlichen Lebensbedingungen der Katholiken in den kommunistisch regierten Ländern dürften und könnten nicht verschleiert werden. Ereignisse wie die Botschaft Pauls VI. an die Polen sprächen eine beredete Sprache. Aber gerade diese unveränderlich scheinende

⁷ 30. April 1966.

Situation muß dazu veranlassen, geduldig und gleichsam heroisch nach verschiedenen und neuen Lösungen zu suchen, sei es auch auf einem unendlich schmalen Weg.

Der SPD-Pressedienst nannte diesen Besuch das »auffälligste Ereignis in unserer an Überraschungen reichlich gewohnten Zeit« und es dokumentiert nach ihm den spektakulären Wandel, der mit Johannes XXIII. begann. Die »Süddeutsche Zeitung«⁸ spricht vom »bisher erregendsten Symptom für den Wandel«.

»Le Monde«⁹ glaubt auch die Motive des Moskau-Besuchs zu erkennen: Moskau sei an der Stellung der Kirche in der Dritten Welt, vor allem in Afrika interessiert.

Kaum war die Erregung über den Besuch abgeklungen, als der russische Staatspräsident Podgorny am 30. Januar 1967 beim Papst war, um Fragen der Aufrechterhaltung des Friedens und besserer Beziehungen zwischen den Völkern zu besprechen. Wenige Tage vorher war in der russischen Presseagentur »Novosti« ein positives Urteil über den Vatikan und Paul VI. zu lesen. Paul VI., so erklärte die Agentur, hat mit seiner berühmten Rede vor den Vereinten Nationen und seinen zahlreichen Botschaften und Erklärungen den Weg der Festigung des Friedens, insbesondere zur Einstellung des Vietnam-Krieges und der amerikanischen Intervention beschritten. Eine besondere Aufmerksamkeit erregte eine Äußerung des Papstes Podgorny gegenüber, wo er von der »Anwesenheit der katholischen Kirche in den Gebieten der Sowjetunion« sprach. Was sollte das bedeuten? Meinte er einfach die Tatsache, daß es dort so und so viele Katholiken gab, oder war es eine Anspielung auf die Möglichkeit einer diplomatischen Vertretung in der Sowjetunion? So tauchten in der nächsten Zeit Gerüchte über eine Reise des Papstes nach der Sowjetunion auf.

Es braucht hier nicht auf die Kontakte der römischen Kirche mit der russisch-orthodoxen Kirche eingegangen zu werden, die mit Beginn des Konzils immer lebhafter wurden und die ohne die Zustimmung der Sowjetregierung nicht möglich wären.

Man hat gesagt – und das ist die Grundthese von Raffalts Buch –, Montinis Ostpolitik sei durch seinen »unleugbaren Hang zur sozialistischen Ideenwelt« bedingt. »Für ihn«, so meinte Raffalt, »stellt der Kommunismus eine Hoffnung dar. Als Wirtschaftssystem jedenfalls schien er mehr soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen, als den Kapitalisten jemals eingefallen war. Gerechtigkeit auf der Welt zu üben, gebot auch das Evangelium. Warum sollte es also unmöglich sein, auf kommunistische Partner vorsichtig einzuwirken und ihnen das christliche Ideal vom Gemeinschaftsleben nahezubringen? Konnte man nicht das gemeinsame Anliegen betonen und die Frage nach Gott behutsam aussparen, bis die Zeit dafür reif geworden war? Pius XII. dachte kategorisch: Dort Gottes-Leugnen, hier Christentum – zwei feindliche Prinzipien, zwischen denen jede Verständigung Sünde war. Montini dachte pragmatisch: Nirgends stand geschrieben, der Kommunismus sei zu Folge der atheistischen Doktrin nicht imstande, die sozialen Forderungen des Evangeliums zu erfüllen: Vielleicht vermöchte er es besser als alle Kapitalisten zusammen. Pius XII. war der letzte Hierarch, der eschatologisch dachte, Montini ging von den Bedürfnissen der Welt aus, die die Kirche erfüllen kann. Pacelli

⁸ 28. April 1966.

⁹ 24./27. April 1966.

hatte sein Marien-Dogma damit begründet, der Mensch verlange nach Gewißheit, er werde, gleich der Gottesmutter, in der Gesamtheit seiner Existenz jenseits des Todes fortleben. Montini dagegen war überzeugt, der moderne Mensch bedürfe weit dringender der Besserung seiner irdischen Lebensumstände« (125).

Raffalt ist ein Meister der Darstellung der Zusammenraffung: faszinierend ist die Analyse, der Gegensatz im Aufhellen der Grundzüge und Temperamente. Und doch! Nach all dem, was bisher gesagt wurde, darf man ernste Zweifel anmelden, ob das so stimmt. Auch wenn man zugeben kann, daß Montini von seiner Herkunft und Jugend und seiner ersten Tätigkeit her starke Sympathien für den Sozialismus hat – wobei freilich zu fragen wäre, was unter Sozialismus zu verstehen ist, um sofort zu erkennen, daß es sich in keinem Fall um den marxistischen Sozialismus handelt –, so heißt es einfach das Grundanliegen jeglicher Kirchenpolitik des Vatikans, mindestens heute, dem Kommunismus gegenüber verkennen, wenn man sagt, es gehe darum, »Gott auszusparen«, bis die Zeit reif geworden ist, um mit dem Kommunismus zu verhandeln.

Man würde dem Vatikan, und damit dem Papst, objektiv Unrecht tun, wenn man ihm unterstellt, wie es Raffalt tut, es gehe ihm um eine Besserung der irdischen Lebensumstände des modernen Menschen, und dies sei das Ziel seines kirchenpolitischen Handelns.

In seiner Antritts-Enzyklika »Ecclesiam suam«, die ganz auf den Dialog der Kirche mit der Welt abgestellt ist, sucht Paul VI. auch das Gespräch mit den Atheisten. Zwar verurteilt er die »gottesleugnerischen und die Kirche verfolgenden Systeme«, denen gegenüber die verfolgte Kirche zum Schweigen verurteilt sei, aber er sagt auch: »So müssen wir doch aus seelsorglichen Erwägungen heraus in der Seele des modernen Atheisten auch nach den Motiven seiner Verwirrung und seiner Leugnung suchen.« Und im Gedenken an die Worte seines Vorgängers von den Bewegungen, die sich ändern, und den Begriffen, die bleiben, sagt er: »Wir möchten die Hoffnung nicht aufgeben, daß sich eines Tages zwischen ihnen und der Kirche ein positiver Dialog anbahnen wird, der über unser Bedauern und über unsere notwendigen Klagen von jetzt hinausführt.«

Nicht also die Besserung der irdischen Lebensumstände des modernen Menschen sind das bestimmende und treibende Motiv der vatikanischen Ostpolitik, sondern nichts anderes als die *salus animarum*, das Heil der Seelen. Vatikanische Ostpolitik ist ausschließlich von pastoralen Zwecken bestimmt. Wie schon erwähnt, soll Pius XI. einmal gesagt haben, um auch nur eine Seele zu retten, würde er selbst mit dem Teufel ein Konkordat eingehen. Man kann zwar vermuten, daß sich Paul VI. nicht so drastisch ausgedrückt hätte, aber das Motiv seiner Politik ist das gleiche: Um auch nur eine Seele zu retten.

Das Heil zu verkünden, es durch die Sakramente zu spenden, ist Aufgabe, Dienst der Kirche. Darin besteht ihre »Seelsorge«. Dieses Heil soll überall in der Welt verkündet werden. »Gehet hin in alle Welt und lehret alle Völker und taufet sie« (Mt 28, 18).

Aber dieser Befehl Christi macht nur hörbar, was in Wirklichkeit geschehen ist: Alle Völker sind durch ihn erlöst und werden durch ihn, durch den Glauben an ihn zum ewigen Leben beim Vater geführt. Deswegen muß diese Tatsache allen Völkern verkündet werden. Solange dieses Evangelium nicht aller Welt verkündet ist, und

das wird sein, solange Menschen auf dieser Erde leben, kann die Kirche niemals sagen: Es reicht, ich bin's zufrieden. Ihr ist es vom Herrn aufgetragen, und sie muß sich mit der ganzen Kraft bemühen, das Evangelium zu verkünden, den Glauben an Jesus Christus zu wecken und zu fördern. Sie muß Mittel und Wege finden, es auch dort zu tun, wo es ihr bisher nicht möglich war.

Das Konzil hat diese Wahrheit wieder deutlicher für alle herausgestellt: »Wie nämlich der Sohn vom Vater gesandt ist, so hat er selbst die Apostel gesandt (vgl. Joh 20, 21) mit den Worten: Gehet hin und lehret alle Völker, taufet sie im Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes, lehret sie alles halten, was ich euch geboten habe. Und siehe, ich bin bei euch alle Tage bis ans Ende der Welt« (Mt 28, 18–20). Diesen feierlichen Auftrag christlicher Verkündigung der Heilswahrheit hat die Kirche von den Aposteln erhalten und muß ihn erfüllen bis zu den Grenzen der Erde (vgl. Apostelgeschichte 1, 8). Daher macht sie sich die Worte des Apostels zu eigen: »Weh . . . mir, wenn ich die Frohbotschaft nicht verkünde« (1 Kor 9, 16). Unablässig fährt sie darum fort, Verkünder auszusenden, bis die neuen Kirchen voll errichtet sind und auch selbst das Werk der Verkündigung fortsetzen können. Sie wird nämlich vom Heiligen Geist angetrieben, mitzuwirken, daß der Ratschluß Gottes, der Christus zum Ursprung des Heils für die ganze Welt bestellt hat, tatsächlich ausgeführt werde« (LG. Nr. 17).

Es kann kein Zweifel sein, daß dies die innerste Triebkraft der vatikanischen Ostpolitik ist, auch wenn ab und zu ein anderer Eindruck entsteht, wie zum Beispiel aus dem Gespräch von Erzbischof Casaroli mit dem Redakteur der KNA Luitpold Dorn in Rom vom 16. März 1971, wo Casaroli besonderes Gewicht auf die beiderseitigen Bemühungen um Frieden legt. Denn auch der Friede soll nur dazu dienen, die Möglichkeit für die Verkündigung der Frohbotschaft zu schaffen. Auch damals, als der Sohn Gottes in die Welt eintrat und als er zum ersten Mal die Botschaft von der Liebe Gottes, die unser Heil ist, brachte, herrschte Friede auf der Welt, die *pax augusta*, der Friede, den die Welt dem Kaiser Augustus zu danken hatte.

Es kann sich also bei einer Kritik an der vatikanischen Ostpolitik nicht darum handeln, sie rundweg abzulehnen oder ihr falsche, innerweltliche, machtpolitische Interessen zu unterstellen, sondern auf einige Punkte aufmerksam zu machen, die vielleicht nicht immer klar genug herauskommen, so daß wesentliche Seiten der Kirche und ihrer Heilsvermittlung verdunkelt werden.

1. So wahr es ist, daß die Kirche alles tun muß, um ihre hierarchische Struktur deutlich zu machen, so wahr sie also dafür sorgen muß, daß überall, wo sie wirkt, Bischöfe und Priester da sind, die die Sakramente spenden, die vor allem die Eucharistie feiern, so wenig darf übersehen werden, daß es die ganze Kirche ist, die das Heil vermittelt.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die vatikanische Ostpolitik zu sehr vom institutionellen Denken und damit von konkordatären Überlegungen und Absichten geprägt ist und zu leicht übersieht, daß im Notfall die Kirche auch durch das Zeugnis der Laien, der Älteren, weiterleben kann. Im Notfall: denn es kann nicht der Normalfall sein, daß die Kirche ohne kirchliches Amt weiterlebt. Deswegen muß die Kirche auch alles tun, um den Bischöfen und Priestern ihr Wirken zu ermöglichen und zu erleichtern. Aber wenn ein derartig institutionalisiertes Wirken des kirchlichen Amtes mit zu hohen Opfern erkaufte wird, muß sie daran

denken, daß erstens auch die Amtsträger bereit sein müssen, ohne derartige institutionelle Sicherungen das Heil zu vermitteln. Und hier gilt: Wenn sie euch vor die Statthalter und Könige schleppen . . . dann wird euch in jener Stunde verliehen werden (Mt 10, 18 ff.). Das ist eine Frage des Abwägens, und wie immer, wo man abwägen muß, kann man nicht selten verschiedener Meinung sein. Aber eben deswegen müssen solche Meinungen in der Kirche zu Gehör gebracht werden.

2. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, als bedenke der Vatikan zu wenig die Doppelzüngigkeit der sowjetischen Sprache. Es handelt sich dabei oft um Nuancen. Ein Beispiel: In seinem Dankesbrief an Chruschtschow schrieb Johannes XXIII.: »Mit lebhaftem und aufrichtigem Dank beantworten Wir die Glückwünsche, die Uns von Eurer Exzellenz kamen. Und während Ihre Botschaft vor Unserem Geist das Bild des russischen Volkes und das Gedenken an seine menschliche und christliche Geschichte erstehen läßt, bitten Wir Gott, daß dieses Volk durch den Wohlstand und das friedliche Leben seiner Bürger einen bedeutenden Beitrag zum wahren Fortschritt der Menschheit und zu einem gerechten Frieden in der Welt leisten möge.« Daraus hat die TASS folgende Nachricht gemacht: »Ihre Botschaft ruft in unserem Geist das Gedenken an das russische Volk hervor, an seine irdische und christliche Geschichte, und Wir bitten Gott, daß dieses Volk durch seinen Wohlstand und sein geordnetes gesellschaftliches Leben einen reichen Beitrag zum Fortschritt der Menschen und zur Sache des gerechten Friedens in der ganzen Welt leistet.« Unscheinbare Veränderungen, kaum hörbar. Und doch, der Sinn ist anders: Der Papst sagt, das russische Volk möge durch Wohlstand und geordnetes Leben seinen Beitrag leisten, wobei es offen läßt, ob diese beiden hohen Güter schon vorhanden sind. Die Übersetzung der TASS sagt: durch seinen Wohlstand und durch sein geordnetes gesellschaftliches Leben, wobei ganz offensichtlich ist, daß damit der durch den Kommunismus erzielte und die durch den Kommunismus geordnete Gesellschaft gemeint sind.

Dadurch, daß der Kommunismus unverändert an seinem Ziel, der Herbeiführung der klassenlosen Gesellschaft, der Erlösung der Menschen durch das Proletariat und der Heranführung der zukünftigen Menschheit festhält, ist er gezwungen, vielen Worten einen anderen Sinn unterzulegen. So ist für ihn der Krieg, den das Proletariat führt, in keiner Weise ungerecht, durch ihn wird auch der Friede keineswegs gestört. Die Sowjetunion als die Macht, in der der Kommunismus bisher am weitesten fortgeschritten und entwickelt ist, kann deshalb nie den Frieden stören, wenn sie einen in diesem Sinn »gerechten Krieg« führt, zum Beispiel, wenn sie in ein anderes Land einfällt, wie dies in der Tschechoslowakei der Fall war. Es ist also jeweils etwas anderes gemeint, wenn die Sowjets und der Vatikan Friede sagen, es ist etwas anderes gemeint, wenn die Sowjets und der Vatikan Gerechtigkeit sagen. Die Beispiele ließen sich leicht ergänzen.

3. Es scheint, daß der Vatikan zu wenig beachtet, daß er es mit einem totalitären System zu tun hat. Die gängige Unterscheidung, daß eine Anerkennung eines Staates nicht gleichbedeutend mit der Billigung seiner Einstellung zu sittlichen Werten ist, kann hier nur mit Vorsicht, wenn überhaupt angewendet werden. Denn es gehört zum Wesen des totalitären Staates, daß er Gut und Böse seinen Zielen unterordnet. Der totalitäre Staat identifiziert sich mit seinen Unrechtshandlungen, weil sie für ihn gar keine solchen sind, wenn sie den Sinn des Staates erfüllen: Der Mord

an der Berliner Mauer ist Inbegriff höchster staatlicher Pflichterfüllung. Was anderswo Übergriffe und Verbrechen staatlicher Organe sind, wird im totalitären Staat höchsten Lobes würdig.

Kann also die Kirche mit einem solchen Staat verhandeln? Kann sie sich mit ihm einlassen? Wird sie nicht zum Komplizen dieses Staates? Ist nicht zu befürchten, daß sie hilft, die Gewissen der Menschen zu verwirren?

4. Es scheint, daß der Vatikan bei seinen Gesprächen die Kenntnisse und die Erfahrungen der Ortsbischöfe zu wenig berücksichtigt. Es ist zwar wahr, daß der Papst der unmittelbare Hirte der Gesamtkirche, also auch der einzelnen Ortskirchen ist. Aber es gilt doch auch in der Kirche das Subsidiaritätsprinzip, das besagt, daß die untergeordneten Gemeinschaften und deren Autoritäten zunächst handeln sollen, ja müssen, bevor die übergeordneten Stellen eingreifen. Vor allem aber auch, daß die übergeordneten Stellen nur in enger Verbindung mit den örtlichen Autoritäten handeln können. Ein solches Vorgehen des Vatikans ist um so bedauerlicher, als die Ortsbischöfe bessere Kenntnis der konkreten Umstände, der Stimmung beim Volk und bei den Regierungen haben. Vor allem aber wird so die Gefahr vermieden, daß der Vatikan gegen den Episkopat ausgespielt werden kann und daß so Spaltungen in der Kirche entstehen.

5. Könnte nicht auch die Gefahr hervorgerufen werden, daß die Kirche durch einen *modus vivendi* mit den kommunistischen Staaten in eine Situation kommt, wo sie nicht mehr reden kann, wo ihr das Wort genommen wird. Die Ernennung von Friedenspriestern und solchen, die dem System hörig sind, zeigt, daß diese Gefahr keineswegs ein Hirngespinnst ist.

Vor allem aber wird nicht die viel größere Gefahr entstehen, daß die Gläubigen das Vertrauen zur Kirche verlieren und sie für nicht mehr glaubwürdig halten?

6. Ist nicht zu befürchten, daß eine Übereinkunft mit dem Kommunismus, ganz gleich welcher Art sie ist, die Gefahr der Verwischung auch in den unaufgebbaren Fragen des Glaubens mit sich bringt? Wenn der Atheismus sozusagen hoffähig wird, warum soll dann der Katholik um seines Glaubens willen noch Opfer bringen? Warum soll er mit dem Einsatz seines Lebens seinen Glauben an Gott bekennen? Man kann sich natürlich auf dem Papier, wie es der Redakteur des »Osservatore Romano« getan hat, eine feine Unterscheidung zurechtmachen. Aber in der Wirklichkeit des Lebens sind solche Unterscheidungen wenig tragfähig.

Diese Punkte haben natürlich verschiedenes Gewicht, je nach den konkreten Umständen, in denen die einzelnen Staaten unter dem kommunistischen Regime leben. Irgendwie aber gelten sie für alle, und erst in ihrem Zusammenspiel erlangen sie ihr Gewicht. Gerade weil so viele Dinge beachtet werden müssen, gerade weil die Situation so verschieden ist, in den einzelnen Ländern, aber auch nach den verschiedenen Zeiten und nach der Taktik des kommunistischen Regimes, die ja sehr wendig ist, ist es so schwierig, in diesen Fragen zu einer klaren Sicht zu kommen. Gerade deshalb ist es wichtig, daß diese Punkte von vielen Seiten her bedacht und abgewogen werden. In diesem Sinn muß die vatikanische Ostpolitik von der ganzen Kirche getragen werden.

Noch einmal: Am Prinzip dieser Politik sollte nicht gerüttelt werden. Wohl aber muß man verlangen, daß umsichtiger und überlegter die Dinge und Verhältnisse bedacht und mit allen Betroffenen besprochen werden.